

NATO-Öffnung und russische Sicherheit

Schröder, Hans-Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, H.-H. (1997). *NATO-Öffnung und russische Sicherheit*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 2/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46721>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

NATO-Öffnung und russische Sicherheit

Zusammenfassung

Die russische Führung stellt sich nach wie vor gegen eine Öffnung der NATO nach Osten. Diese Haltung ist angesichts der prekären Situation verständlich, in der sich Rußland befindet: Wirtschaftlich eine Mittelmacht, muß es doch aufgrund seiner Lage auf vielfältige sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa wie in Asien reagieren. Eine Irritation an der Westflanke kann ihr nicht zupaß kommen. Indes hat sich der Charakter der Ablehnung in Rußland geändert. Die ursprüngliche weltanschaulich motivierte und in Antiwestlertum wurzelnde Haltung ist einer pragmatischen, auf Kooperation abgestellten Auffassung gewichen, die sich Ende 1996 zur Formulierung einer härteren, aber rational begründeten Position im Vorfeld von Verhandlungen verändert hat. Die russische Führung erwartet mit Recht, daß der Westen ihre Sicherheitsinteressen ernst nimmt – insbesondere was die militärischen Kräfteverhältnisse angeht –, und daß er bereit ist, Rußland in den europäischen Prozeß einzubinden.

Sicherheit für die Krisenregion zwischen Ostsee und Schwarzem Meer?

Die großen Abrüstungsabkommen der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren Ergebnis eines neuen sicherheitspolitischen Denkens, das Mitte der achtziger Jahre die konfrontative Haltung abgelöst hatte. Die führenden Politiker beider Seiten – der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation – hatten begriffen, daß Sicherheit nicht einseitig sein kann, daß vielmehr die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten eng miteinander verflochten sind. Zudem war klar geworden, daß der Ausbau militärischer Potentiale keine Sicherheit schafft – im Gegenteil –, sondern daß es politischer Zusammenarbeit bedarf, um Konflikte zu lösen und wirkliche – oder imaginierte – Bedrohungen aus der Welt zu schaffen.

Vor diesem Erfahrungshintergrund berührt die Diskussion über die NATO-Erweiterung, die wir in den letzten Jahren miterleben, in ihrer Verengung des Blicks doch merkwürdig. Die Region Ost- und Ostmitteleuropa ist von eine Vielzahl schwerer Krisen gezeichnet. Um diese verschiedenartigen, wirtschaftlichen, ethnischen, sozialen, kulturellen, partiell auch militärischen Herausforderungen zu meistern, bedarf es eines differenzierten Instrumentariums und politischen Gestaltungswillens. Statt aber über eine neue "Osteuropapolitik" nachzudenken, eine Politik, die Ost- und Ostmitteleuropa integriert und auf die vielgestaltigen Probleme dieser Region reagiert, konzentriert sich die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik in den letzten Jahren vorwiegend auf einen Teilaspekt:

die Öffnung der NATO nach Osten. Ist es schon bedenklich, daß diesem Thema in den Medien ein unangemessen hoher Stellenwert eingeräumt wird, so stimmt noch nachdenklicher, daß bei der Erörterung der Frage militärischer bzw. militärpolitischer Sicherheit die Lehren der achtziger Jahre häufig nicht mehr präsent sind: Eine stabile Sicherheitsarchitektur kann nur dann entstehen, wenn die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt werden. Wird ein relevanter Partner benachteiligt oder gar ausgeschlossen, so gefährdet dies mittelfristig die Stabilität des Gesamtsystems. Dies aber könnte der Fall sein, wenn die Bedrohungsvorstellungen der russischen Seite nicht ernst genommen werden, und die NATO-Öffnung nicht in eine mehrdimensionale "Ostpolitik" eingebunden wird.

Rußland und die Öffnung der NATO

Im September 1995 legte die NATO eine Studie vor, in der sie Bedingungen und Verfahren der geplanten Erweiterung und die Implikationen dieses Schritts diskutierte.¹ Als Ziel definierte die Vorlage die "Stärkung von Sicherheit und Stabilität für alle Staaten der Euro-Atlantischen Region". Elemente einer darauf orientierten Politik bildete u.a. die Ermutigung zu demokratischen Reformen, die auch eine demokratische und zivile Kontrolle der Streitkräfte einschließen sollte, die Förderung der gutnachbarlichen Beziehungen, die Ersetzung nationaler Verteidigungspolitik durch ein gemeinsames Konzept sowie die Stärkung der atlantischen Partnerschaft.² Dabei sind sich die Verantwortlichen durchaus darüber im klaren, daß eine Erweiterung der Allianz auch für jene Staaten Konsequenzen haben wird, die nicht zum Kreis der potentiellen Mitglieder gehören,³ und sie sehen auch, daß die Erweiterung für Rußland ein besonderes Problem darstellt.⁴ Allerdings bietet die Studie über das Angebot einer verbreiterten Beziehung und die Versicherung bester Absichten hinaus wenig Konkretes, um die russischen Sorgen zu zerstreuen.⁵ Demgegenüber haben Sprecher der russischen Regierung bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, daß Rußland bei der NATO-Öffnung zwar kein Vetorecht beansprucht, aber darauf besteht, daß seine Interessen wahrgenommen werden. Der NATO-Beitritt der Staaten Ostmitteleuropas aber, so Außenminister Primakov, liege nicht im russischen Interesse.⁶

Bedrohungswahrnehmung in der Rußländischen Föderation

Die verantwortlichen russischen Sicherheitspolitiker und Militärs sind sich nur allzu gut bewußt, daß sich ihr Land in einer sicherheitspolitisch prekären Lage befindet. Der marode Zustand der Streitkräfte, der sich angesichts der Wirtschaftsmisere nicht rasch ändern wird, erlaubt Rußland auf absehbare Zeit nur bedingt, seine Außenpolitik auf das militärische Instrument zu stützen. Zur Durchführung einer grundlegenden Militärreform, in deren Rahmen die Streitkräfte verkleinert, neu ausgerüstet und schlagkräftiger gemacht werden sollen, setzen Verteidigungsrat und Verteidigungsministerium einen Zeitraum von wenigstens neun Jahren an.⁷ In dieser Phase muß der russische Staat einen militärischen Konflikt tunlichst vermeiden. Aber auch danach verbieten es die vorhandenen militärischen Potentiale und die begrenzte Wirtschaftskraft, bewaffnete

¹ Study on NATO Enlargement, Bruxelles September 1995, 25 S.; auch einsehbar auf dem NATO-Gopher. Location: gopher://marvin.stc.nato.int:70/00/natodata/derek.txt.

² Vgl. Study on NATO Enlargement, Abschnitt 3.

³ Vgl. ebd., Abschnitt 13.

⁴ Vgl. ebd., Abschnitt 13, 23-28.

⁵ Ebd., Abschnitt 28.

⁶ So etwa Primakov im März 1996 anläßlich einer Reise in die Slowakei: Rossija iščet novoe mesto v mire, in: Izvestija, 6.3.1996, S. 1, 3, hier S. 3.

⁷ Zu den konfligierenden Vorstellungen von Verteidigungsministerium und Verteidigungsrat über die Militärreform vgl.: Čto ždet Rossijskiju armiju., in: Krasnaja Zvezda, 28.12.1996, S. 1-2; Igor' Rodionov: "Skonomit' v 1997 godu na vooružennych silach strana ne sumeet". Pervoe interv'ju ministra oborony Rossii v kačestve graždanskogo činovnika, in: Nezavisimaja Gazeta, 16.12.1996, S. 1-2; Litovkin, V.: Sovet oborony otmenen ne iz-za bolezni prezidenta, in: Izvestija, 9.1.1997, S. 1-2.

Auseinandersetzungen auf mehreren Schauplätzen gleichzeitig zu führen. Eine verantwortliche russische Führung muß also versuchen, Risiken auf diplomatischem Wege zu minimieren.

Grundsätzlich gehen die russischen Experten und die Planer nicht davon aus, daß Rußland in der gegenwärtigen Situation ernsthaft bedroht ist. Der stellvertretende Verteidigungsminister Kokoschin schrieb im theoretischen Organ des Verteidigungsministeriums, daß in den nächsten acht bis zehn Jahren eine strategische Bedrohung nicht in Sicht sei. Allerdings wies er auf die Verschiebung der Gewichte hin, die sich in diesem Zeitraum durch die Entwicklungen in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum ergeben könnten.⁸ Ähnlich argumentiert der Direktor des Moskauer Amerika-Institutes, Sergej Rogow. Er sieht gegenwärtig keine Gegner. Auch mit den NATO-Staaten hat Rußland danach keine wirklichen Konflikte. Gefahr kommt für Rogow mittelfristig aus einer anderen Richtung: Wenn die Tendenz zur militärischen Konfrontation mit dem Islam wachse, werde Rußland – so das "worst case"-Szenario – gleichzeitig mehrere Kriege von afghanischen Maßstab führen müssen.⁹ Keine unmittelbare Kriegsgefahr, aber langfristige Risiken durch die Veränderung der geostrategischen Situation, dies war auch die Quintessenz des Lageberichts, den Verteidigungsminister Rodionow im Rahmen einer wissenschaftlich-praktischen Konferenz des Stabes zur Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit der GUS-Mitglieder vorlegte. Besorgt ist er vor allem über die lokalen Konfliktherde im Süden der GUS und den globalen Führungsanspruch der USA. Deren Bestreben, ihre Einflußsphäre zu vergrößern, die wachsende Rolle der NATO, die regionalen Großmachtambitionen, die Rodionow China, dem Iran, der Türkei, Pakistan und Japan unterstellt, sieht er als langfristige Bedrohung für die GUS.¹⁰

Die offenen Worte des Verteidigungsministers wurden zwar umgehend von anderen Regierungsstellen dementiert, doch fassen sie nur das zusammen, was man in der militärischen Fachpresse lesen kann. Die russischen Fachleute stimmen in ihrer Einschätzung der Situation weitgehend überein: Gegenwärtig besteht für Rußland keine Gefahr, doch zeichnen sich in Zukunft Bedrohungen ab, die durch eine aktive Außenpolitik und durch Wiederherstellung der eigenen Verteidigungsfähigkeit gebannt werden muß. Grenzen setzt dabei allerdings die geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des russischen Staates. Auch die außenpolitische Isolierung ist ein Hemmnis. Daß im Kontext einer solchen Perzeption die Erweiterung der NATO als Problem gesehen wird, ist wohl einsehbar.

Wandel russischer Positionen zur NATO-Osterweiterung

Allerdings hat sich die Haltung russischer Kommentatoren zur NATO-Osterweiterung in den letzten Jahren erkennbar verändert. Bis Anfang 1996 dominierten stark national und antiwestlich eingefärbte Positionen, die offensichtlich vor allem auf eine innenpolitische Wirkung zielten. Die Fortschreibung bekannter Feindbilder sollte zur Mobilisierung von Wählern dienen,¹¹ wandte sich aber auch gegen den ungeliebten Außenminister Kosyrew, dessen Stellung man mit der Eskalation der NATO-

⁸ Kokošin, A.A.: Voенно-političeskie i konomičeskie aspekty reformy Vooružennych Sil Rossii, in: Voennaja Mysl', 1996, Nr. 6, S. 2-11, hier S. 5.

⁹ Rogov, S.M.: Vooružennye sily Rossii posle prezidentskich vyborov. Bez radikal'nych izmenenij v voennoj sfere konomičeskie i političeskie reformy obrečeny na proval, in: Nezavisimaja Gazeta. Nezavisimoe Voенnoe Obozrenie, 27.6. 1996, S. 1, 4, hier S. 4.

¹⁰ Zu Rodionovs militärischer Lageeinschätzung, die in den russischen Medien Kritik hervorrief und später vom Sprecher des Präsidenten relativiert wurde, vgl. den Bericht in der Armeezeitung "Roter Stern": Vladykin, O.: Ministr oborony RF Igor' Rodionov: Voennaja integracija v SNG otvečaet interesam gosudarstv i narodov, in: Krasnaja Zvezda, 26.12. 1996, S. 1; dieser läßt allerdings wesentliche Elemente der Rede aus, insbesondere Rodionovs Äußerungen zu China und zum Iran; vgl. dazu Koreckij, A.: Ministr oborony iščet sebe vragov, in: Kommersant Daily, 26.12.1996, S. 1; der Bericht von The Jamestown Foundation. Monitor, 2 January 1997, pointiert Rodionovs Äußerungen zu scharf und stellt einige Aussagen in einen falschen Zusammenhang.

¹¹ Das NATO-Thema – wie außenpolitische Themen überhaupt – spielten jedoch in den Wahlkämpfen 1995 und 1996 kaum eine Rolle; die Wähler hatten andere Probleme; gewiß stand zwar eine große Gruppe der NATO-Erweiterung skeptisch gegenüber, doch sah die Mehrheit kein Risiko oder war unentschieden; vgl. dazu etwa Ryžkin, É.: Protiv rasširenija NATO vozražat mence poloviny oprošennyh moskvičej, in: Segodnja, 9.6.1995, S. 9.

Diskussion zu beschädigen suchte. Nach den Präsidentenwahlen setzte sich dann eine pragmatischere Haltung durch, die zwar nach wie vor die Probleme der NATO-Erweiterung unterstrich, doch auch Rußlands begrenzte Möglichkeiten reflektierte, Widerstand zu leisten. Gegen Ende 1996 verschärfte sich die russische Haltung wieder, doch steht zu vermuten, daß dies eher eine taktische Wende ist, in der es darum geht, in einer frühen Phase von Verhandlungen die eigene Position zu markieren.

Die wohl extremste Position gegen die NATO-Osterweiterung vertrat die Studie eines obskuren "Instituts für Verteidigungsstudien" (INOBS), die die USA und den Westen als Hauptgegner Rußlands und Deutschland als Hauptinitiator der NATO-Osterweiterung identifizierte. Als Gegenmittel empfahl das Papier u.a. die Stationierung taktischer nuklearer Waffen im Westen der GUS. Die Bedeutung dieses Papiers wurde anfangs überschätzt.¹² Immerhin schien es die Stimmung führender Politiker auszudrücken. So brachte der Präsident im September 1995 auf einer Pressekonferenz in unglücklichen Formulierungen NATO und das "Aufflammen der Flamme des Krieges" in einen unklaren Zusammenhang.¹³ Daß dies nicht bloß ein rhetorischer Fehltritt war, machte Jelzin im Mai 1996 in einer Ansprache vor hohen Militärs deutlich, als er noch einmal seine Auffassung unterstrich, daß für Rußland eine Kriegsgefahr fortbestehe, da der Westen und namentlich die USA ihre globale Führerschaft auszubauen suchten – u.a. durch die Erweiterung der NATO.¹⁴

Demgegenüber bewiesen die Militärs schon recht früh ihren Realitätssinn. Zwar lehnten sie das Vorgehen der westlichen Allianz ab, doch sahen sie auch, daß Rußland kaum die Mittel hatte, dem entgegenzutreten.¹⁵ Eine pragmatische Haltung nahm vor allem Rodionow ein, der am 17. Juli 1996 zum Verteidigungsminister ernannt wurde. In einem hochinteressanten Interview, das er der Zeitschrift "Moskovskie Novosti" gab, äußerte er seine Zweifel an der NATO-Entscheidung, doch setzte er sich für Zusammenarbeit ein und kritisierte die "Demagogen" im eigenen Lager, die forderten, Rußland müsse an der Lösung aller Problemen auf der Welt beteiligt werden.¹⁶ Der Verteidigungsminister unterstrich seine Kritik an der Politik der westlichen Allianz mehrfach, doch machte er auch klar, daß sich Rußland keine Konflikte leisten könne, und plädierte für die Weiterentwicklung der NATO zu einer politischen Organisation.¹⁷ In den nächsten Monaten versteifte sich allerdings die Haltung der russischen Militärs. Dies war wohl einerseits der Enttäuschung über die westliche Politik zuzuschreiben – man hatte den Eindruck, daß die russischen Sicherheitsinteressen von ihr nicht ernst genommen wurden –, andererseits hatte man sich offenbar inzwischen innerhalb der Führung auf eine Position für die kommenden Verhandlungen mit der NATO geeinigt, die man im Vorfeld nicht schwächen wollte.

Nach wie vor lehnt die russische Seite die Erweiterung der NATO mit Entschiedenheit ab, da diese die Kräfteverhältnisse in Europa verändert und in der Perspektive für Rußland faktisch eine militärische Bedrohung schafft. Sie betont aber ihre Bereitschaft zu Kooperation, zumal dann, wenn sich die NATO wandelt und als konfrontativ verstandene Strukturen abbaut. Durch die Stärkung militärischer Zusammenarbeit innerhalb der GUS und den Ausbau bilateraler Beziehungen zwischen Rußland und einer Reihe von NATO-Staaten will man auf die westliche Allianz einwirken. Anders

¹² Institut obronnych issledovanij (INOBS): Sotrudniki specinstituta predlagajut Rossii protivostojat' NATO i SŠA. "Konceptual'nye položenija strategii protivodejstvija osnovnym vnešnim ugrozam nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii", in: Segodnja, 20.10.1995, S. 3; es stellte sich heraus, daß das INOBIS lediglich das Einmann-Unternehmen eines Mitarbeiters des Amerika-Instituts ist, der über keinen nennenswerten Einfluß verfügte.

¹³ Nach: Deutsche Welle Monitoring vom 8.9.1995 (Internet-Version).

¹⁴ Prezident Rossii Boris El'cin: "Ja primu vse mery dlja vsestoronnej podderžki armii i flota", in: Krasnaja Zvezda, 31.5.1996, S. 1.

¹⁵ "Ja ne militarist i ne konservator", in: Moskovskie Novosti, 1996, Nr. 5, S. 14; vgl. die etwas zurückhaltendere Position Gromovs: Boris Gromov: Reforma armii vredna, in: Izvestija, 10.12.1995, S. 4.

¹⁶ Igor' Rodionov: "Nepopuljarnych mer uže ne izbežat!...", in: Moskovskie Novosti, 1996, Nr. 32, S. 7.

¹⁷ Ministr obrony RF Igor' Rodionov: Den' načinjaju i zakančivaju poiskami deneg dlja armii..., in: Krasnaja Zvezda, 6.9.1996, S. 1, 3; vgl. auch: Čupachin, V.; Knjaz'kov, S.; Stasovskij, A.: "Nado sdelat' vse vozmožnoe, čtoby armija bystree vyšla iz krizisa", zajavil na press-konferencii ministr obrony RF general-polkovnik Igor' Rodionov, in: Krasnaja Zvezda, 2.10.1996, S. 1-2, hier S. 1.

als im Sommer erörtert man jetzt auch die Möglichkeiten militärischer Gegenwirkung – etwa die Verstärkung von Streitkräftegruppierungen im Norden, Westen und Südwesten.¹⁸ Im Gegensatz zu der antiwestlichen Polemik des Jahres 1995 und den unklaren Drohungen Jelzins im Herbst desselben Jahres, handelt es sich heute um eine durchdachte Position, die die Bedrohung russischer Interessen in Europa auf dem Verhandlungswege minimieren will. Wie flexibel diese ist, muß in den kommenden Gesprächen erprobt werden.

Begründete Sicherheitsinteressen der Rußländischen Föderation

Im Rahmen dieser Unterredungen muß die westliche Seite im Auge behalten, daß Rußland begründete Sicherheitsinteressen hat, die es ernst zu nehmen gilt, will man den Weg der europäischen Kooperation nicht verlassen.

Eine Hypothek für die Sicherheit Rußlands ist seine geostrategische Lage. Mit einem Bruttoinlandsprodukt, das 1993 auf dem Niveau Belgiens lag,¹⁹ ist es gehalten, auf Herausforderungen in Europa und Asien zu reagieren. Nuklearstrategisch ist Rußland nach wie vor der Partner und das Gegenüber der USA, im Osten grenzt es an Japan und China, die durch ihr wirtschaftliches, technologisches und demographisches Potential Rußland in diesem Raum zu marginalisieren drohen, im Süden schwelt nicht nur eine Vielzahl lokaler Krisenherde, es wachsen auch regionale Großmächte heran wie die Türkei oder der Iran, die Rußlands Rolle in diesem Raum gefährden könnten. An der Westflanke schließlich zeichnet sich das Vorrücken der transatlantischen Militäralianz in die unmittelbare Nähe der russischen Grenze ab. Die russische Führung muß daher daran interessiert sein, wenigstens an ihrer Westflanke durch Verhandlungen Stabilität auf niedrigem Niveau herzustellen. Ein Rüstungswettlauf mit einer erweiterten NATO wäre für Rußland verhängnisvoll.

Die NATO-Erweiterung hat aber noch eine weitere Facette für Rußland. Denn sie scheint Rußland aus dem europäischen Prozeß auszuschließen. Wirtschaftlich ist für Rußland eine enge Beziehung zu den Staaten Europas – und zwar sowohl denen der Europäischen Union als denen Ostmitteleuropas – lebenswichtig. 1994 gingen 41 Prozent der russischen Exporte in diese Länder, und 43 Prozent ihrer Importe stammten aus diesem Raum.²⁰ Eine Politik, die Rußland aus Europa und dem europäischen Markt hinausdrängt, läuft den Interessen der maßgebenden Wirtschaftseliten diametral zuwider. Auch deshalb ist die russische Führung mittel- und langfristige Kooperation mit Europa interessiert. Der Versuch, Europa ohne Rußland aufzubauen – und die NATO-Osterweiterung wird als Teil einer solchen Politik wahrgenommen –, stößt daher auf energischen Widerstand.

Schließlich muß auch die Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse in Europa berücksichtigt werden. Die militärische Führung ist über die Optionen, die sich die NATO durch ihre Öffnung nach Osten verschafft, außerordentlich besorgt.²¹ In der Tat erlangt die NATO durch die Öffnung eine erhebliche konventionelle Überlegenheit. Stellt man hypothetisch auf Basis der Daten aus dem KSE-Vertrag die Zahl der Waffensysteme einer um Polen, Tschechien und Ungarn erweiterten NATO den Kräften Rußlands, Belarus' und der Ukraine gegenüber, so ergibt sich ein beunruhigendes Bild (vgl. Abb. S. 6).²² Selbst wenn die NATO aufgrund ihrer Binnenstruktur keine Bedrohung für ihre

¹⁸ Vgl. Baturin, J.: Jurij Baturin sčitaet, čto Bosnijskij opyt NATO ne podchodit dlja obespečenija obščeevropeskoj bezopasnosti. U Rossii est' svoi idei, kak možno bylo by transformirovat' severoatlantičeskij alljans, in: Nezavisimaja Gazeta, 28.11.1996, S. 1-2, hier S. 1f.; Rodionov, I.N.: Kakaja oborona nužna Rossii? Neobchodimo reformirovat' ne časti sistemy voennoj bezopasnosti gosudarstva, a vsju ee v celom, in: Nezavisimaja Gazeta. Nezavisimoe Voennoe Obozrenie, 28.11.1996, S. 1, 4, hier S. 4; Piščev, N.: NATO: mify i real'nost'. Pervyj zamestitel' načal'nika General'nogo štaba Vooružennych Sil Rossijskoj Federacii general-polkovnik Nikolaj Piščev, in: Krasnaja Zvezda, 4.1.1997, S. 1-2.

¹⁹ So jedenfalls die offizielle russische Angabe: vgl. Rossijskij Statističeskij Ežegodnik 1995, Moskva 1995, S. 467.

²⁰ Vgl. Tamožennaja Statistika vnešnej torgovli Rossijskoj Federacii 1994 g., Moskva 1995, S. 5-8.

²¹ Vgl. etwa Piščev, in: Krasnaja Zvezda, 4.1.1997, S. 1-2.

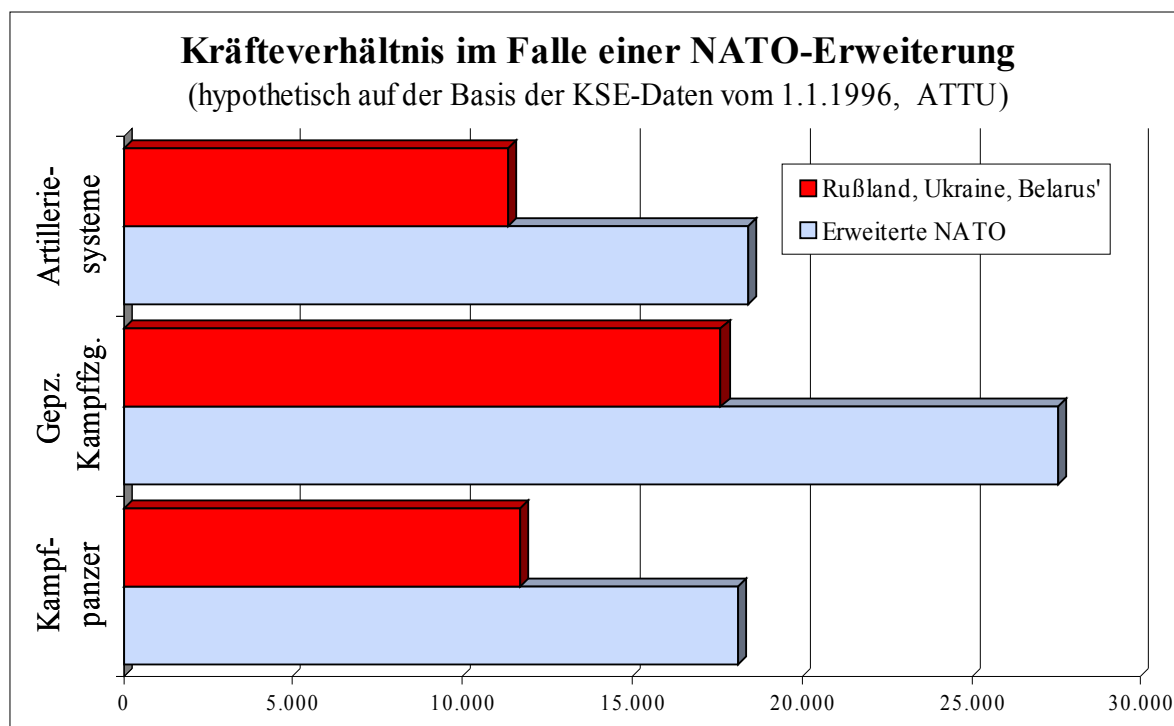
²² Angaben über die Umsetzung des Vertrags für konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), Stichtag 1.1.1996; ATTU: Atlantics to Ural; die Zurechnung des "Treaty Limited Equipment" (TLE) ist also rein hypothetisch und nimmt für Rußland einen "best case" an; die Ukraine etwa bezeichnet sich gegenwärtig als neutral, macht aber der NATO deutliche Avancen; es ist nicht automatisch davon auszugehen, daß sie sich einem "GUS-Block" anschließen würde.

Nachbarn darstellt, entsteht durch die Integration der ostmitteleuropäischen Staaten zahlenmäßig ein Mißverhältnis, das russische Militärs nicht ignorieren können. Eine NATO-Erweiterung muß daher notwendigerweise von einer Neuverhandlung der konventionellen Kräfteverhältnisse in Europa begleitet werden.

Elemente einer europäischen "Ostpolitik"

Für eine verantwortungsbewußte russische Führung ist die Ausdehnung der NATO nach Osten aus wohlverstandenen Sicherheitsinteressen unannehmbar, sofern diese nicht von handfesten Garantien für die russische Seite – etwa im Bereich der Stationierung nuklearer Waffen – und von Abmachungen zwischen Rußland und der NATO über reale Zusammenarbeit begleitet sind. Flankiert werden müssen diese Vereinbarungen von einer engeren wirtschaftlichen Anbindung Rußlands an die Europäische Union, einer Integration Rußlands in den Europäischen Wirtschaftsverbund – welche Form dies auch immer an-

nehmen wird. Schließlich muß die NATO-Ausdehnung auch von einer Neuverhandlung der konventionellen Kräfteverhältnisse in Europa begleitet werden. Dabei gilt es, die Kräfteverhältnisse in der Berührungzone von NATO und Rußländischer Föderation so zu definieren, daß Rußland mittel- und langfristig davon ausgehen kann, an seiner Westflanke keiner Bedrohung ausgesetzt zu sein. Im Gegenzug muß die militärische Präsenz Rußlands gegenüber Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und den baltischen Republiken soweit ausgedünnt werden, daß diese vor einer strategischen Überraschung geschützt sind. Dies ist eine komplexe Aufgabe, deren Lösung viel guten Willen von beiden Seiten erfordert. Doch keiner der Beteiligten kann daran interessiert sein, daß an der Nahtstelle zwischen Rußland und dem Rest von Europa eine Zone der Konfrontation entsteht. Mag sein, daß die Diskussion um die NATO-Erweiterung in einem solchen Verhandlungskontext ein nützliches Instrument ist, um Gesprächspartner im östlichen Teil von Europa zu motivieren, sich am Aufbau einer funktionierenden Sicherheitsstruktur zu beteiligen. Die NATO-Erweiterung selbst löst die drängenden Probleme in diesem Raum nicht und schafft dort auch keine allgemeine Sicherheit.



Hans-Henning Schröder